



Ergebnisse der
außerordentlichen
Jahrestagung am
2. Dezember 2007

MATERIALIEN

Ergebnisbericht von der Jahrestagung des Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften 2.12.2007

Mit der Gründung inklusive Eintragung des „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ wird das „Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften“ seine Tätigkeit in den ersten Monaten des Jahres 2008 einstellen. Das Vermögen geht an den Verein über.

Der Verein wurde am 2.12.2007 von 30 Mitgliedern einstimmig gegründet und strebt die Gemeinnützigkeit an. Die Satzung wurde einstimmig beschlossen und wird veröffentlicht. Als Sprecherin und Sprecher wurden Brigitte Wolf und Christoph Cornides gewählt, als Schatzmeister Rüdiger Lötzer. In den erweiterten Vorstand wurden Christiane Schneider, Jörg Detjen, Martin Fochler und Alfred Küstler gewählt. Alle Wahlen erfolgten ohne Gegenstimme.

Die Herausgeberschaft der Politischen Berichte wird zukünftig durch den Verein erfolgen. Die Zeitschrift wird ab 2008 12 mal im Jahr erscheinen. Weiteres entnimmt bitte den Mitteilungen in den Politischen Berichten.

Die nächste Mitgliederversammlung des Vereins wird im Sommer 2008 in Erfurt stattfinden, in zeitlichem Zusammenhang mit der Linken Sommerschule 2008 von „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung“ - Bundesarbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE.

*Michael Ohse,
6. Dezember 2007*

Gründungserklärung zum „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“

1.

Das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften ruft auf zur Gründung eines „Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ als Mitgliederverein und beauftragt seinen Vorstand zur Einleitung der notwendigen Schritte der Vereinsgründung.

Das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften empfiehlt seinen Mitgliedern bzw. den Mitgliedern seiner Trägerorganisationen den Beitritt zum „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ und empfiehlt die Fortsetzung der Unterstützung der Politischen Berichte als linke Zeitschrift durch den Verein.

2.

Der „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ wird die Arbeit im Sinne der Präambel der Satzung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften von 2004 fortsetzen:

Präambel der Satzung von 2004

Satzung des Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Das Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften ist ein Diskussions-, Organisations- und Arbeitszusammenhang der, entstanden aus der Neuen Linken, sich seit Ende der 60er / Anfang

der 70er Jahre in den vielfältigen Formen linker, sozialistischer und kommunistischer Politik entwickelt hat, zunächst in der BRD und seit 1990 im wesentlichen in den westlichen Bundesländern.

Die Entwicklung unserer politischen Positionen war und ist eng verbunden

- mit der Solidarität mit antikolonialen Befreiungskämpfen in den 60er und 70er Jahren und – daraus folgend – mit der Ablehnung der Vorstellung einer einheitlichen, von den westlichen Industriestaaten bestimmten Welt
- mit der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung und ihrem Auseinanderfallen im wesentlichen in eine von der Sowjetunion bestimmte Richtung und eine, die sich an der Kulturrevolution in China und dem „Maoismus“ orientierte
- dem Aufbau des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland), einer der sog. „K-Gruppen“ der 70er Jahre, die sich in dieser Auseinandersetzung an viele Positionen der KP Chinas anlehnte
- mit der Kritik wesentlicher Teile der Programmatik und Politik des KBW, seiner Spaltung im Jahr 1980 und der Gründung des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) und damit verbunden der Entwicklung einer Politik der Frontbildung gegen die Reaktion statt der Fortführung linker Organisationskonkurrenz
- seit Anfang der 90er Jahre dann mit der Auseinandersetzung mit der PDS, der Auflösung des BWK und der Bildung von

„kommunistischen Arbeitsgemeinschaften“ in und bei der PDS. „Partei von unten“ waren und wären dabei nach wie vor unserer Meinung nach wichtige Zielsetzungen und Organisationsansätze.

Bleibende Grundsätze, auf die wir uns dabei noch heute beziehen, sind schlagwortartig:

- Karl Marx's Feststellung, der Kommunismus sei „die reale Bewegung, welche den gegenwärtigen Zustand aufhebt“, ihre „Bedingungen ergeben sich aus den jetzt bestehenden Voraussetzungen“.
- Die Kritik des Zentralismus als gesellschaftlichem Organisationsprinzip und dementsprechend das Eintreten für dezentrale, regionale, wo möglich örtliche Organisationsformen.
- Die Bedeutung der Kommune und kommunaler/regionaler Organisations-, Produktions- und Reproduktionszusammenhänge als Basis für reale Demokratie, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Veränderung.
- Die Notwendigkeit, die Unterstützung des gesellschaftlichen Widerstandes mit der Kritik und Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, dem Diskurs über die Wege der politischen Veränderung und dem Kampf um die öffentliche Meinung zu verbinden.
- Die Zielsetzungen der „Frontbildung gegen die Reaktion“ statt der linken Organisationskonkurrenz und der praktisch wirksamen sozialistischen Reformpolitik für ein besseres Leben statt der traditionellen Methodendiskussion „Reform und/oder Revolution“.
- Der Trennung von Parteipolitik einerseits, bei der es vor allem um die Verständigung auf gesetzliche Vorhaben und die Gewinnung von parlamentarischen Mehrheiten für die Realisierung dieser Vorhaben geht, und von öffentlichem Diskurs um die allgemeinen Ziele und Aufgaben sozialistischer Politik andererseits.
- Internationale, interkulturelle, persönliche praktische Solidarität gegen jede Ausgrenzung und Diskriminierung als Grundelement jeder linken Politik .

3.

Der „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ sieht sich in der Tradition der Arbeit des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, das seine allgemeinen Ziele wie folgt bestimmt hatte:

„Das Forum ist dem Ziel der Emanzipation des Menschen verpflichtet, das allgemein mit Vorstellungen wie: „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ und „Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen“ beschrieben werden kann.

Das Forum möchte mit seiner Arbeit Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen und dadurch zum Widerstand ausgebeuteter und unterdrückter Menschen beitragen. Damit steht das Forum im Diskussions- und Praxiszusammenhang sozialistischer Politik. In der Diskussion der Ziele sozialistischer Politik argumentiert das Forum gegen alle Tendenzen, die gesellschaftlich entstandene hierarchische und zentralistische Arbeitsteilung, die die Entwicklung des einzelnen wie ganzer Länder, Regionen und Gemeinden zur Farce macht, wie ein Naturgesetz hinzunehmen und die menschliche Arbeit dem Gesetz der Produktion von Mehrwert und Profit unterzuordnen.

In der Diskussion der politischen Verfassung vertritt das Forum die Ansicht, dass die Todesstrafe, Folter und lebenslange Haft sowie das Recht von Staaten, Krieg zu führen, abgeschafft werden müssen. Im Gegensatz zu allen Positionen, die den Ausbau staatlicher Repressionsmittel befürworten, tritt das Forum dafür ein, diese durch politischen Kampf und gesetzliche Änderungen zurückzudrängen.

Das Forum fördert in den politischen und sozialen Bewegungen der Zeit Forderungen und praktische Ansätze von politischer

Selbstverwaltung und wirtschaftlicher Selbsttätigkeit.

Die hierarchische Organisation der Gesellschaft führt wie selbstverständlich zur Ausschaltung der am härtesten arbeitenden Bevölkerungsteile aus der öffentlichen Meinung. Dies ist eine steti-ge Quelle inhumaner Politik. Die hierarchische Organisation der Lohnarbeit führt auch in der sozialistischen Politik leicht zu einer Vernachlässigung der Ansichten jener Menschen, die durch die Verhältnisse bis hin zum Verstummen unterdrückt werden und auf die sich unsere Vereinigung bezieht.

Mit Sondergesetzen und einer Vielzahl diskriminierender Bestimmungen hat die BRD die Bevölkerungsteile mit ausländischer Staatsangehörigkeit unter besondere Aufsicht gestellt, beson-deren Schikanen unterworfen und verweigert ihnen politische und allgemeine Menschenrechte. Diese besondere Unterdrückung einer riesigen Bevölkerungsgruppe ist eine ständige Quelle reaktionärer Entwicklung. Die Unterstützung des Widerstandes gegen diese Verhältnisse und Gesetze ist ein besonderes Anliegen des Forums.

Das Forum hält bei aller Erbitterung, die im politischen Tagesgeschäft unvermeidlich aufkommt, an der Einsicht fest, dass die Triebfeder der sozialen Befreiung verschiedenste politische Strömungen, Bewegungen und Parteien hervorgebracht hat, die zur Abwehr von Faschismus und Repression, imperialistischem Krieg und materiellem Elend beitragen. Für erfolgversprechende Schritte zur Emanzipation des Menschen halten wir die Zusammenarbeit und den Dialog aller dieser Kräfte für unverzichtbar.

4.

Mit der Gründung und Eintragung des neuen Vereins in das Vereinsregister wird das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften verbleibende Vermögensbestände an den Verein übertragen und seine Tätigkeit einstellen.

Satzung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

(1) Der Verein trägt den Namen „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“

(2) Er ist bundesweit tätig und hat den Sitz in Köln.

(3) Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht in eingetragen.

(4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 51ff) in der jeweils gültigen Fassung.

Zweck des Vereins ist

Förderung von Bildung, Erziehung und Kultur durch die Teilnahme an der politischen Bildungsarbeit und durch eigene Bildungsanstrengungen und die Ausbildung seiner Mitglieder, die Unterstützung und Mitwirkung an linken, emanzipatorischen Kommunikationsmedien und die Unterstützung und Förderung linker Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Institutionen.

(2) Dazu beteiligt sich der Verein an regionalen und überregionalen Workshops, Seminaren und anderen Formen der politischen Bildung und Ausbildung (offene Schule), die den Mitgliedern des Vereins und anderen Interessierten helfen sollen, sich Fach- und Spezialwissen zu erschließen, um gesellschaftliche Prozesse und Gegenstände der politischen Debatte sowie die damit verfolgten Interessen besser zu verstehen und kritisch analysieren zu können.

Der Verein unterstützt Kommunikationsmedien und Publikationen, die diesen Grundsätzen entsprechen und nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind. Er bildet seine Mitglieder und andere Interessierte in ihrer Handhabung und Nutzung aus und unterstützt diese Medien durch inhaltliche Mitarbeit und, soweit das erforderlich und möglich ist, durch Aufbringung von Spenden.

§ 3 Selbstlosigkeit

(1) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(2) Mittel der Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder des Vereins dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.

(3) Die Mitglieder dürfen bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens erhalten.

(4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

(1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, die seine Ziele unterstützt.

(2) Über den Antrag auf Aufnahme in den Verein entscheidet der Vorstand.

(3) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.

(4) Der Austritt eines Mitgliedes erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen.

(5) Wenn ein Mitglied gegen die Ziele und Interessen des Vereins schwer verstoßen hat oder trotz Mahnung mit dem Beitrag für sechs Monate im Rückstand bleibt, so kann es durch den Vorstand mit sofortiger Wirkung ausgeschlossen werden.

Dem Mitglied muss vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Rechtfertigung bzw. Stellungnahme gegeben werden.

Gegen den Ausschließungsbeschluss kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Mitteilung des Ausschlusses Berufung eingelegt werden, über den die nächste Mitgliederversammlung entscheidet.

§ 5 Beiträge

Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. Zur Festlegung der Beitragshöhe und -fälligkeit ist eine einfache Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden stimmberechtigten Vereinsmitglieder erforderlich.

§ 6 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung

§ 7 Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus mindestens einer Sprecherin (Vorsitzende) und einem Sprecher (Vorsitzender) und einem/einer Schatzmeister/in. Dem Vorstand können weitere Mitglieder angehören. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Je zwei Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt.

(2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von höchstens zwei Jahren gewählt.

Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist möglich. Die Sprecherin, der Sprecher und der/die Schatzmeister/in werden von der Mitgliederversammlung in besonderen Wahlgängen bestimmt. Die jeweils amtierenden Vorstandsmitglieder bleiben

nach Ablauf ihrer Amtszeit im Amt, bis Nachfolger gewählt sind.
(3) Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Vereins.

(4) Vorstandssitzungen finden jährlich mindestens zwei Mal statt. Die Einladung zu Vorstandssitzungen erfolgt durch den oder die Sprecher/in bzw. ein damit beauftragtes Vorstandsmitglied schriftlich unter Einhaltung einer Einladungsfrist von mindestens 14 Tagen. Vorstandssitzungen sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

(5) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

(6) Beschlüsse des Vorstands können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu diesem Verfahren schriftlich oder fernmündlich erklären. Schriftlich oder fernmündlich gefasste Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von einem damit beauftragten Vorstandsmitglied zu unterzeichnen.

§ 8 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung ist einmal jährlich einzuberufen. Sie bestimmt die Versammlungsleitung.

(2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel der Vereinsmitglieder schriftlich und unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt wird.

(3) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich durch den Vorstand unter Wahrung einer Einladungsfrist von mindestens vier Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Es gilt das Datum des Poststempels. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist.

(4) Die Mitgliederversammlung als das oberste beschlussfassende Vereinsorgan ist grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, sofern bestimmte Aufgaben gemäß dieser Satzung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen wurden.

Ihr sind insbesondere die Jahresrechnung und der Jahresbericht zur Beschlussfassung über die Genehmigung und die Entlastung des Vorstandes schriftlich vorzulegen. Sie bestellt zwei Kassenprüfer, die weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören, um die Buchführung einschließlich Jahresabschluss zu prüfen und über das Ergebnis vor der Mitgliederversammlung zu berichten.

(5) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung wird als beschlussfähig anerkannt, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

(6) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(7) Die Mitglieder des Vereins in den einzelnen Bundesländern können Vertrauenspersonen benennen, die zu den Vorstandssitzungen eingeladen werden.

§ 9 Satzungsänderung

(1) Für Satzungsänderungen ist eine 2/3-Mehrheit der erschienenen Vereinsmitglieder erforderlich. Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden waren.

(2) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

§ 10 Beurkundung von Beschlüssen

Die in Vorstandssitzungen und in Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und vom Vorstand zu unterzeichnen.

§ 11 Auflösung des Vereins und Vermögensbindung

(1) Für den Beschluss, den Verein aufzulösen, ist eine 3/4-Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.

(2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an (gemeinnützige Einrichtung/öffentlich-rechtliche Körperschaft), die es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vereinsvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Unterschriften)

Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften am 2. Dezember 2007 in Frankfurt a.M.

Der Diskussionszusammenhang unseres Forums reicht weit zurück, bis Ende der sechziger Jahre, als auch in der BRD eine „neue Linke“ entstand, die auf die Kritik an Kapital und Imperialismus zurückgriff, wie sie von Marx bis Lenin geleistet worden war, vermehrt um die ausdrückliche Anerkennung des Rechts der kolonialisierten Welt auf staatliche Unabhängigkeit und Befreiung. Die „neue Linke“ organisierte sich in vielen Gruppierungen, zwischen denen erhebliche Differenzen bestanden. Ein Programm des ständigen Kampfes um Demokratie hatte der KBW entwickelt, und in der Logik dieses Programmes lag der Kampf um die öffentliche Meinung und um die Zustimmung bei Wahlen. Das Scheitern weltanschaulich begründeter Wahlbewerbungen gehört zu den einschneidenden Erfahrungen der Menschen, die im Rahmen der neuen Linken aktiv geworden waren. Wahlen können auch bei überwiegender Zustimmung aus einer Lüge keine Wahrheit machen. Aber wenn wir heute miteinander sprechen, wissen wir ganz gut, dass eine Parteimeinung ohne die Legitimation bei Wahlen auf die Dauer politisch nicht haltbar ist. Wenn sich – und diesen Eindruck kann man gewinnen – das Problem einer Legitimation linker Politik im Zuge von Wahlen heute als lösbar darstellt, hat sich eine Konstellation geändert, die für das politische Leben der Linken in den alten Ländern über Jahrzehnte hin bestimmend gewesen ist. Es sind völlig neue Arbeitsbedingungen entstanden, die ausgelotet und verstanden werden müssen.

Nach der Fusion von WASG und Linkspartei.PDS: neue Arbeitsbedingungen für Linke.

1. Mitwirkung in der Partei DIE LINKE

Die Meinungsforschung stellt für die aus der Fusion von WASG und Linkspartei.PDS hervorgegangene Partei DIE LINKE ein Wählerpotential fest, das zu einer Repräsentanz der Partei in einer wachsenden Zahl von Gemeinden geführt hat. Die Wahrscheinlichkeit einer Überwindung der 5%-Hürde bei Landtagswahlen steigt und alle Welt geht davon aus, dass die Partei auch nach den Bundestagswahlen im Bundestag wieder vertreten sein wird.

Die Arbeit an linker Parteibildung hat sich in den westlichen Bundesländern über Jahrzehnte hin unmittelbar auf die politischen und sozialen Bewegungen bezogen und gestützt. Die dort entwickelten Kritiken und Forderungen wurden erörtert, untermauert und gegenüber den Institutionen erhoben.

Es hat sich gezeigt, dass auf diese Weise die 5%-Hürde kaum überwunden werden kann. Der soziale Inhalt dieser äußerst schlichten Bestimmung ist nämlich, dass eine solches Wählerpotential sich

nur dann zusammenballt und vor allem stabilisiert, wenn die Partei auch als „repräsentative“ funktioniert, wenn also Leute, deren Kräfte und Interessen sich weitgehend auf das tägliche Leben, den Existenzkampf, das berufliche Fortkommen, die Familie usw. richten, zu den Repräsentanten der Partei Vertrauen fassen und sie als ihre politischen Sachwalter bestimmen, eben „wählen“.

Der Kommunikationszusammenhang zwischen Menschen, die in den politischen und sozialen Bewegungen der Zeit aktiv sind, und den Repräsentanten der Parteien ist dadurch bestimmt, dass beide Seiten „Politik machen“. Es ist ein Diskurs unter Gleichen, wenigstens kann dieser Anspruch erhoben werden. Es wird argumentiert. Am Ende steht ein inhaltlicher Konsens oder Dissens.

Ein ganz anderer Typ von Kommunikation liegt vor, wenn Leute die Resultate des politischen Handelns gewählter Repräsentanten betrachten, um zu einer Wahl-, genauer gesagt Auswahlscheidung zu kommen. Am Ende wird geheim gewählt.

Nun wäre es zwar vorstellbar, dass in einem Moment heftigster sozialer und politischer Erschütterung ein großer Prozentteil der Bevölkerung „politisch aktiv“ wird, in organisierte Zusammenhänge eintritt usw. und auf diesem Wege starke Wahlergebnisse zusammenkommen.

Das Wählerpotential für die Partei Die Linke erreichte seinen gegenwärtig hohen Stand im Westen aber ganz eindeutig durch die Zuwendung von Leuten, die anderen die Wahrnehmung ihrer Interessen im politischen System übertragen wollen und die sich selbst eher als Klienten sehen. – Dies muss man auch als den normalen Fall betrachten, denn der Aufenthalt im politischen Raum ist anstrengend und eine Zusatzbeschäftigung, für die Zeit, Nerven und auch Geld aufgewendet werden müssen.

Wenn die Partei Die Linke nun auch in den alten Bundesländern ein Wählerpotential von 5% und darüber mobilisieren kann, so wird sie das nur stabilisieren und bei Wahlen heben können, wenn eine große Zahl politisch im oben beschriebenen Sinne nicht „aktiver“ bzw. „organisierter“ Menschen vom Nutzen der Tätigkeit der Parteirepräsentanten in den Institutionen hinreichend überzeugt sind. – Es soll hier nicht ausgedeutet werden, wie solche Überzeugungen zustande kommen. Gesagt wird lediglich, dass sie nicht nur und nicht einmal überwiegend durch Vermittlung der außerparlamentarischen, sozialen oder politischen Bewegungen entstehen, sondern durch Beurteilung der Politik in den Institutionen von Leuten, in deren Lebensmittelpunkt gerade nicht „die Politik“ steht.

Es liegt wohl auf der Hand, dass die Beziehung zwischen der Politik in den Institutionen und den Leuten, zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten durch Presse, Funk und Fernseh-

hen, also die sogenannten Massenmedien, vermittelt werden muss, nur dieser Informationsstrom erreicht die Repräsentierten und wird von ihnen bei der Bildung ihres eigenen Urteils herangezogen. So hängt aktuell die Stabilisierung der Partei Die Linke von dem Urteil ab, das sich ein weiter Kreis sonst nicht direkt politisch aktiver Leute über den Nutzen des parlamentarischen Wirkens der Abgeordneten und Parlamentsfraktionen macht.

Auf lange Sicht können die in unserem Arbeitszusammenhang geförderten Projekte diesem Ziel vielleicht nützlich sein, aber gewiss nicht unmittelbar, etwas auf eine anstehende Wahlentscheidung hin. Unsere Projekte zielen auf politische Selbsttätigkeit, versuchen, politische Rahmenbedingungen aufzuklären und Herrschaftswissen aufzubrechen.

Das ist ein Ansatz, der gegenwärtig definitiv nicht im Zentrum der Parteientwicklung steht, er bleibt aber für die Stabilisierung der Partei DIE LINKE oder linker Partei bedeutsam.

In diesem Zusammenhang ist es schon wichtig, dass „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung – Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE“ die Unterstützungsunterschriften, die zur Anerkennung als Bundesarbeitsgemeinschaft nötig sind, beibringen konnte. Damit gib es eine Klammer zwischen den Traditionen der „neuen Linke“ aus den „alten Ländern“ und dem Meinungsbildungsprozess in der neuen Partei, die bekanntlich ihre programmatischen Grundlagen erst noch herausarbeiten muss. Viele von uns sind in diesem Zusammenhang tätig, und wir wollen für seine Ausweitung aktiv eintreten.

2. Linke Politik im gesellschaftlichen Raum

Der bestimmende Inhalt der Kommunikation zwischen „Repräsentanten“ und „Repräsentierten“ ist das Wirken der Institutionen, d.h. seine Auswirkung auf das soziale Leben. Da die Kompetenzen und Verfahren dieser Institutionen erstens durch die politische Ordnung festgelegt sind und zweitens tief in das gesellschaftliche Leben eingreifen, bilden sie selbst eine starke Struktur, die Leute, die in diese Institutionen hineingewählt werden, strukturiert. Es kommt zu Umkehrungen. Die Repräsentanten repräsentieren dann nicht mehr die Wähler in und gegenüber der Institution, sondern die Institution mit all ihren großen Möglichkeiten und knallharten Einschränkungen gegenüber den Wählern. Das ist ein Prozess der Verstaatlichung, er wirkt beständig und kann das ganze Parteileben prägen, die Partei wird dadurch tendenziell zu einer Vorfelddorganisation der Staatsverwaltung.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass Menschen, die Wert auf ihr eigenes Urteil legen, politisch, sozial, im Kulturbereich oder sonstwie aktiv sind, eine Bindung an Parteien ablehnen, ohne dass sie damit einen Verzicht auf politisches Wirken aussprechen wollten. Schließlich gibt es den Prozess der politischen Willensbildung, den Kampf um die öffentliche Meinung, an dem die ganze Öffentlichkeit teilhat und an dem die Parteien nur mitwirken.

Die PDS bzw. die Linkspartei.PDS hatte solchen Sachverhalten Rechnung getragen. Sie hat in Satzung und Praxis versucht, die Partei für Impulse aus dem zivilgesellschaftlichen Raum offen zu halten. Eine wichtiges Mittel dazu war die Konstruktion der „Arbeitsgemeinschaft in und bei ...“ die nicht als Vorhof der Partei angelegt werden mussten, sondern als Einrichtung, in der ein kontinuierliches, gleichberechtigtes Argumentieren möglich sein sollte. Die neue Partei DIE LINKE hat sich in diesen wie anderen Fragen gegen eine solche, sehr weitgehende Form der Offenheit entschieden. (So auch bei Fragen der Öffentlichkeit der Parteigremien. Es heißt jetzt: Parteiöffentlichkeit.) Die neue Partei DIE LINKE kennt diese Art von Rücksicht vielleicht in ihrer Praxis, aber nicht als statuiertes Recht für Mitglieder und Nichtmitglieder. Unter diesen Bedingungen ist es erfreulich, wenn auch innerhalb der Partei linke Politik möglich bleibt. Man kann aber nicht davon ausgehen, dass das ganze Feld politischen Engagements in diesem Rahmen entwickelt werden kann.

Wir können für die nächsten Jahre mit großer Sicherheit eine Konstellation erwarten, in der linke Politik auf verschiedenen Feldern außerhalb der Partei DIE LINKE entwickelt und praktisch vorangetrieben wird. In einer solchen Situation wird in den Diskursen der Linken die parteipolitische Unabhängigkeit der Diskutierenden immer wichtiger.

Die Frage der Unabhängigkeit stellt sich auch für unseren Diskussions- und Arbeitszusammenhang. Wie alle hier wissen, geht es dabei hauptsächlich um die Förderung diskursiv angelegter Publikationen (und der Bildungs- und Studienanstrengungen, die Publikationen vorausgehen).

Linke Politik im gesellschaftlichen, außerparteilichen Raum hat deswegen in den letzten Jahrzehnten Strukturen und Organisationsformen hervorgebracht, die es ermöglichen, auf die öffentliche Meinung argumentierend einzuwirken. Sie beeinflussen das Handeln der Parteien und mehr noch den Inhalt der dort geführten Diskussionen erheblich. Sie werden gerade als Parteunabhängige gebraucht, weil eine Schwerpunktverschiebung des staatlichen Handeln nach rechts nur durch Kräfte verhindert werden kann, die in (fast) allen Parteien vorzufinden sind (wenn auch in völlig unterschiedlichem Umfang).

Aus diesem Grund kann es aus der Sicht der links eingestellten Parteien nicht darum gehen, jene Strukturen und Organisationen einzufangen, sie müssen gerade in ihrer Unabhängigkeit als wichtige Quelle politischer Aufgabenstellungen verstanden werden.

Die Tendenz zur Umwandlung politischer Parteien in Vorhof- und Disziplinierungsorganisationen des Staatswesens und seiner Logik lässt sich durch eine Politik bekämpfen, die die Individuen als die entscheidende Quelle berechtigter Ansprüche sieht und die Sphäre der öffentlichen Meinung als die Form, in der sich solche Ansprüche artikulieren. In diesem Zusammenhang sind Einrichtungen wichtig, die vorhandene Meinungen aufgreifen, diskursive Zusammenhänge pflegen, Werkzeuge bereitstellen und Theorien erschließen, die politische Anregungen greifbar machen. Dazu muss ein spezifischer Aufwand getrieben werden, die mit den gängigen Vorstellungen von politischer Bildungsarbeit nicht ausreichend umschrieben ist.

3. Ein Verein für politische Bildung, Kritik und Kommunikation

Gegenüber den klassischen Vorstellungen von politischer Bildung ginge es in unserem Zusammenhang vor allem um die Vermittlung von Kooperation und Kommunikation von Leuten, die nicht „Politik als Beruf“ gewählt haben und gleichwohl auf das politische System Einfluss nehmen und dessen oftmals irre Aktivitäten verstehen wollen. Die Entwicklung eines solchen Kommunikationszusammenhang kann – und das ist ein Stück Ironie – nicht gelingen, wenn er nicht von Leuten, die im politischen System eine Position erreicht haben, aktiv gefördert wird. Wir können uns freuen, dass es insbesondere im Bereich der Partei DIE LINKE und bei verschiedenen unabhängigen kommunalen Vereinigungen solche Leute gibt, ebenso wie feste Zusammenhänge zu parteipolitisch unabhängigen Aktivitäten bestehen.

Wenn wir uns heute daran machen, einer solchen Einrichtung eine klarer Form zu geben, dürfen wir keinen Augenblick vergessen, dass es darauf ankommt, auf dem Teppich zu bleiben. So z.B. bei den Politischen Berichten, die gerade bei einer solchen Funktionsbestimmung Rücksicht nehmen müssen auf die Zeit, die für die Lektüre veranschlagt werden muss, das Geld, das für die Herstellung und die inhaltliche Organisation draufgeht usw.

In diesem Zusammenhang wäre auch die Konzeptdiskussion für die Politischen Berichte zu führen, für die ein Entwurf vorliegt.

Martin Fochler

Politische Berichte – Monatszeitschrift für linke Politik

Linke Politik muss sich gegenüber den politischen Institutionen behaupten und entwickeln. Ihre Basis hat sie in den sozialen Bewegungen und in der Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der Zweck unserer Zeitschrift ist es, die Bezüge herauszuarbeiten, die zwischen den politischen Bewegungen, der Kritik der vorgefundenen Verhältnisse und der Politik in den Institutionen bestehen und die den Akteuren linker Politik bekannt sein müssen, wenn sie in der Auseinandersetzung mit den reaktionären Strömungen der Zeit bestehen wollen.

Wir richten uns deswegen nicht vorwiegend oder gar ausschließlich an Leserinnen und Leser, die in den Institutionen Politik machen, wir wenden uns an politische Interessierte, die an der Entstehung einer öffentlichen Meinung für die Anliegen linker Politik beitragen wollen.

Die Politischen Berichte erheben nicht den Anspruch, den dazu nötigen Informationsbedarf zu decken. Sie können einen Beitrag leisten, weil sie sich auf jene Fakten, Diskussionen, Theorien und Praxen beziehen, die für die Entwicklung linker Politik bedeutsam sind oder werden können.

In der Tradition der neuen Linken, die in den Ländern des Westens Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts aus einer gesellschaftlichen Bewegung heraus in scharfem Gegensatz zu sämtlichen vorgefundenen Institutionen entstand, wollen wir im politischen Prozess vor allem die Bestrebungen zum Tragen bringen, die von der gesellschaftlichen Basis ausgehen. Die Praxis der politischen Bewegungen und die Theorien, nach denen sie greifen, sind Gegenstand unserer Aufmerksamkeit und Berichterstattung.

Wir wollen deswegen auch keine starre Trennung zwischen „Autoren“ und „Lesern“ entwickeln, etwa indem wir zwischen „Beiträgen“ und „Leserbriefen“ trennen. Wir wollen einen Diskussionszusammenhang aufrechterhalten und pflegen.

Umfang, Auslieferung, Konzeption

Auf die Entwicklung von Praxis bezogen und daher an die Aktualität gebunden ist ein zuverlässiges monatliches Erscheinen geboten.

Da die Zeitschrift ein zusätzliches Medium ist und das Informationsbedürfnis der Leserinnen und Leser mit Zusatzinformationen anspricht, die für die Entwicklung linker Politik bedeutsam sind, muss die Zeitschrift mit einem Umfang auskommen, der wenigstens die Durchsicht und eventuell auch die Lektüre „auf einen Rutsch“ möglich macht.

Die Zeitschrift wird deswegen so erscheinen, dass sie Donnerstag / Freitag im Vierwochenabstand (im Sommer und Winter je einmal sechs Wochen) in den Haushalten ist.

Ein Volumen von 24 Seiten (28??) DIN A4 ist deswegen eine Obergrenze für die reguläre Ausgabe.

Die Einteilung der Abschnitte:

1. Trendmeldungen. Seite 2-3.
2. Schwerpunkt aktuelle Politik / je nach Lage BRD, Europa, Welt
3. Größere institutionelle Ereignisse
4. Internationale Schlaglichter
5. Meldungen aus der Bewegung (2 Seiten)
6. Politik vor Ort – Schwerpunkt
- 6.1. Politik vor Ort Ereignisse
7. Kommunale Politik (Meldungen)
8. NEU Trendmeldungen Gewerkschaft.
9. Arbeiterbewegung SCHWERPUNKT

9.1. Arbeiterbewegung – Ereignisse

10. Eine Spalte Trendmeldungen Wirtschaftspresse (wie bisher)

11. In und bei der Partei DIE LINKE – Trends und Dokumente (2 Seiten)

12. In der Diskussion: Veranstaltungsberichte, Lektüreberichte, eigene Beiträge zur Theoriediskussion

13. Lernende Bewegung – Lernende Partei – Veranstaltungsvorhaben

Die Arbeitsweise der Redaktion

Die ausdifferenzierte Anlage der Zeitschrift erfordert eine arbeitsteilige Redaktionsleistung. Auf die Ausgabe bezogene Redaktionskonferenzen wären ein nicht vertretbarer Aufwand. So müssen die für die jeweiligen Redaktionsberichte Verantwortlichen bis zu einem gewissen gerade „blind“ aufeinander zuarbeiten.

Die Umstellung auf monatliches Erscheinen kann die Arbeit der Abstimmung des Inhalts erleichtern. Praktisch wird das nur möglich sein, wenn diese Kommunikation durch eine Redaktionsgeschäftsführung gestützt wird.

Praktischer Arbeitsablauf:

Die Geschäftszeiten der Redaktion sind immer freitags von 8 bis 12 Uhr. Während dieser Zeit ist die Redaktionsgeschäftsführung ansprechbar. In dieser Zeit werden Anfragen per E-Mail erledigt, Freitagmittag wird die „Mitteilung an die Redaktion“ verbreitet.

An dem Freitagmittag, der der eigentlichen Produktion vorausgeht, wird der Inhalt der ganzen Ausgabe festgestellt.

Einige Abschnitte müssen bereits Montagmorgens vorhanden sein, die anderen Dienstagmorgens. In Ausnahmefällen können einzelne Beiträge auch noch im Lauf des Dienstag geliefert werden.

Der Umbruch erfolgt bei der Redaktionsgeschäftsführung. Die Korrektur am Druckort. Der Druck wird bis Mittwochmittag abgeschlossen.

So kann die Zeitschrift mit einiger Sicherheit am Freitag überall vorhanden sein.

Technische Hilfsmittel

...✚ Es wird davon ausgegangen, dass für Teile der Zeitschrift Verantwortliche Internetzugang haben.

Die Verwaltung erfolgt per E-Mail.

Freitagmittag erscheint ein Rundschreiben, das den Stand der Produktion kenntlich macht.

Martin Fochler

Vorstandswahlen:

Vorstand: Als Sprecherin und Sprecher wurden einstimmig Brigitte Wolf und Christoph Cornides (Vorsitzende) sowie als Schatzmeister Rüdiger Lötzer in den Vorstand gewählt.

Erweiterter Vorstand: In den erweiterten Vorstand wurden einstimmig Christiane Schneider, Martin Fochler, Jörg Detjen und Alfred Küstler gewählt.

Kassenprüfer: Als Kassenprüfer für ein Jahr wurden einstimmig Harald Gindra und Michael Ohse gewählt.

Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Haushalt 27.11.2007

Einnahmen	Ist 27.11.2007	Z. Vgl. 2006	Z. Vgl.: 2005
Beiträge	4.328,00 Euro	11.596,00 Euro	14.788,00 Euro
Spenden		0,00 Euro	0,00 Euro
SUMME	4.328,00 Euro	11.596,00 Euro	14.788,00 Euro

Ausgaben

Personalkosten (Vor- und Nachbereitung 1 BuKo, 2 ARGE-Schulungen, 3 Tagungen Arbeitsausschuß, Lektorat, andere Seminare, Kasse	6.248,00 Euro	6.816,00 Euro	6.816,00 Euro
Raum- und Reisekosten			
a) Arbeitsausschuß	1.506,15 Euro	1.443,00 Euro	2.326,15 Euro
b) Bundestagung	3.451,10 Euro	2.499,00 Euro	3.085,56 Euro
Telefon, Porti, Kontogebühren,			
BDK-Ergebnishefte	171,74 Euro	245,78,00 Euro	266,52 Euro
SUMME	11.376,99 Euro	11.003,78 Euro	12.494,23 Euro
SALDO	./ 7.048,99 Euro	+ 592,22 Euro	+2.293,77 Euro

Bilanz zum:	27.11.07	31.12.06	31.12.05
Kassenbestand	2.557,22 Euro	454,42 Euro	492,62 Euro
Kontobestand	313,29 Euro	9.465,08 Euro	8.834,66 Euro
Forderungen	0,00 Euro	0,00 Euro	0,00 Euro
Verbindlichkeiten	0,00 Euro	0,00 Euro	0,00 Euro

Für 2007 war auf der letzten Jahrestagung folgender Haushaltsplan beschlossen worden:

Beiträge	11.045,00 Euro
Personalkosten	6.816,00 Euro
Raum- u. Reisekosten Arbeitsausschuß	1.500,00 Euro
Raum- u. Reisekosten Bundestagung	2.500,00 Euro
BDK-Ergebnisheft, Kontogebühren	245,00 Euro
Summe Ausgaben	11.045,00 Euro

Diese Ausgaben dürften dieses Mal überschritten werden, insbesondere durch die vorgezogene Jahrestagung für 2008, die nun Anfang Dezember stattfinden wird.

Gleichzeitig fehlen mehr Beiträge, als zu Jahresanfang erwartet worden war. Dass ein Defizit entstehen würde, war schon Anfang 2007 abzusehen gewesen, weil neben den Trägerorganisationen in NRW und Berlin erstmals auch Baden-Württemberg zwar alle Zahlungen für die Politischen Berichte aufbringen, aber darüber hinaus nicht für das Forum zahlen konnte. Dass das Defizit aber so hoch ausgefallen ist, hängt auch mit anderen ausbleibenden Zahlungen zusammen. So standen aus Niedersachsen und Rheinland-Pfalz bei Abfassung dieses Berichts noch alle Zahlungen aus, auch Bayern hat erheblich weniger gezahlt als in den Vorjahren. Hinzu kommen nun die Mehrkosten für zwei Jahrestagungen. Faktisch dürfte die „stille Reserve“ auf dem Konto des Forums bis Jahresende auf nahe Null abgesunken sein.

2008 entsteht durch die Umstellung der Politischen Berichte auf monatliches Erscheinen eine deutliche Entlastung der Trägerorganisationen, vermutlich in einem Volumen von

mehr als 15.000 Euro auf's Jahr, so dass umgekehrt ein deutlicher Anstieg der Beiträge für das Forum realisierbar sein sollte. Das ist auch nötig, damit wir auf dem Konto des Forums wieder eine Reserve bilden können und damit eine schrittweise Umstellung der Zahlungen für die Politischen Berichte von dem Verfahren „Rechnung an Trägerorganisation“ auf Spende durch den neuen Verein möglich ist.

Hinzu kommt, dass 2008 nach den bisherigen Planungen keine Jahrestagung stattfinden soll, sondern erst 2009.

Für die Übergangsperiode in 2008 wird deshalb vorgeschlagen, eine vorläufige Haushaltsplanung analog der für 2007 aufzustellen, d.h. die Ansätze für Personalkosten, Raum- und Reisekosten für den Arbeitsausschuß bzw. Vereinsvorstand und Kosten für Ergebnisheft und Kontogebühren wie 2007 zu belassen.

Das Beitragsaufkommen wird hoffentlich deutlich höher liegen, so dass allein durch den Wegfall der Bundestagung wieder eine erste Reserve von ca. 3.000 Euro auf dem Konto entsteht. Wir sollten aber anstreben, rasch eine höhere Reserve zu erreichen.

Berichterstattung: rül, 27.11.2007

Beschluss:

Für 2008 wurde einstimmig ein Zielhaushalt über 30.809,00 Euro (11.045,00 Euro Beiträge und 19.764,00 Euro Zahlungen der AGen für die Politischen Berichte beschlossen. Der endgültige Haushalt 2008 soll im Sommer in Erfurt zeitgleich mit dem Treffen der Linken Sommerschule 2008 verabschiedet werden.

Politische Berichte Auflagenentwicklung seit 1997

Nummer	Bezieher	Exemplare	bezahlte	Normal	Sozialabo	Förder	Ostrabatt	Wiederverk	Freiabos
Gesamt im Jahr	573	876	641	364	7	61	13	196	235
2/1998	543	790	580	336	8	57	12	167	210
davon	-30	-86	-61	-28	1	-4	-1	-29	-25
in %	-5,2	-9,8	-9,5	-7,7	14,3	-6,6	-7,7	-14,8	-10,6
1-2/1999	457	673	526	312	5	53	8	148	147
Änderung 1998	-86	-117	-54	-24	-3	-4	-4	-19	-63
in %	-15,8	-14,8	-9,3	-7,1	-37,5	-7,0	-33,3	-11,4	-30,0
3/2000	439	643	500	298	4	53	7	138	142
Änderung 1999	-18	-30	-26	-14	-1	0	-1	-10	-5
in %	-3,9	-4,5	-4,9	-4,5	-20,0	0,0	-12,5	-6,8	-3,4
1-2/2001	411	598	463	288	4	51	6	114	135
Änderungen 2000	-28	-45	-37	-10	0	-2	-1	-24	-7
in %	-6,4	-7,0	-7,4	-3,4	0,0	-3,8	-14,3	-17,4	-4,9
1-2/2002	406	583	454	286	4	50	6	108	128
Änderungen 2001	-5	-15	-9	-2	0	-1	0	-6	-7
in %	-1,2	-2,5	-1,9	-0,7	0,0	-2,0	0,0	-5,3	-5,2
03/2003	358	523	422	270	3	48	6	95	102
Änderungen 2002	-48	-60	-32	-16	-1	-2	0	-13	-26
in %	-11,8	-10,3	-7,0	-5,6	-25,0	-4,0	0,0	-12,0	-20,3
1-2/2004	340	497	399	252	2	48	4	93	98
Änderungen 2003	-18	-26	-23	-18	-1	0	-2	-2	-4
in %	-5,0	-5,0	-5,5	-6,7	-33,3	0,0	-33,3	-2,1	-3,9
1/2005	333	488	389	243	6	48	3	89	99
Änderungen 2004	-7	-9	-10	-9	4	0	-1	-4	1
in %	-2,1	-1,8	-2,5	-3,6	200,0	0,0	-25,0	-4,3	1,0
1/2006	317	467	371	232	5	46	2	86	96
Änderungen 2005	-16	-21	-18	-11	-1	-2	-1	-3	-3
in %	-4,8	-4,3	-4,6	-4,5	-16,7	-4,2	-33,3	-3,4	-3,0
1/2007	300	446	349	217	5	43	1	83	96
Änderungen 2006	-17	-21	-22	-15	0	-3	-1	-3	0
in %	-5,4	-4,5	-5,9	-6,5	0,0	-6,5	-50,0	-3,5	0,0
24/2007	288	429	335	208	4	43	1	79	94
Änderungen 2007	-12	-17	-14	-9	-1	0	0	-4	-2
in %	-4,0	-3,8	-4,0	-4,1	-20,0	0,0	0,0	-4,8	-2,1

Monatliche Zahlungen der AGen für Politische Berichte

	2007	ab 2008
Gesamt im Jahr	40.932,00 €	19.764,00 €
im Monat	3.411,00 €	1.647,00 €
davon		
Schleswig-Holstein	565,00 €	273,00 €
Hamburg	585,00 €	282,00 €
Niedersachsen	663,00 €	320,00 €
Berlin	238,00 €	115,00 €
NRW	140,00 €	68,00 €
Hessen	222,00 €	107,00 €
Ba-Wü/Rh-Pf	638,00 €	308,00 €
Bayern	360,00 €	174,00 €

Impressum:

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation,
c/o GNN Verlag, Venloer Str. 440, Toskana-Passage, 50825 Köln
Herausgegeben vom Vorstand, C. Cornides

Kostenlose Beilage